

Rückblick 2011: **Welternährungspolitik im Umbruch**

von Tobias Reichert

Die Situation auf den internationalen Agrarmärkten und die Lage der Armen bleibt angespannt. Der Weltmarktpreisindex hat wieder ein ähnliches Niveau erreicht wie während der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 (vgl. hierzu Abb. 1 auf S. 76). Die Auswirkungen sind bislang etwas weniger dramatisch, da diesmal hohe Preise von Genussmitteln wie Kakao und Kaffee, die ebenfalls in den Index eingehen, eine größere Rolle spielen. Gleichzeitig sind die Energiepreise nicht so hoch wie vor drei Jahren und belasten das Budget armer Haushalte weniger als vor drei Jahren. Gleichwohl verhindern die wieder gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel wie Mais und Weizen, dass die Zahl der Hungernden spürbar zurückgeht.

Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) legt in diesem Jahr keine neue Schätzung für die aktuelle Zahl der Unterernährten vor. Stattdessen arbeitet sie daran, die Schätzmethode zu verbessern. Derzeit stützt sie sich vor allem auf makroökonomische Preis- und Einkommensmodelle, aus denen die Ernährungssituation extrapoliert wird. In Zukunft sollen mehr Daten von der Mikroebene wie Haushaltsumfragen in verschiedenen Ländern und Regionen erhoben und verwendet werden.¹ Das würde es erlauben, strukturelle Änderungen, die durch die höheren Preise entstehen, schneller zu erfassen. Damit ließen sich regional unterschiedliche Bedingungen besser erfassen, etwa in China und Indien, wo die Weltmarktpreise keinen großen Einfluss auf die Ernährungssituation haben, aber in den jeweiligen Ländern regional unterschiedliche Preise vorherrschen können. Mit einer genaueren Erfassungsmethode ließen sich auch mögliche positive Effekte höherer Preise erfassen, etwa wenn es Subsistenzbauern gelingen sollte, sie für Investitionen zu nutzen, die Bauern damit zu Nettoanbietern von Agrarprodukten werden und so ihre Ernährungssituation verbessern. Eine dergestalt veränderte Erfassungsmethode könnte auch einen Hinweis geben, ob die seit der Preiskrise von 2007/2008 von vielen internationalen Akteuren hochgehaltene Strategie, vor allem die Produktivität von Kleinbauern zu stärken, schon praktische Wirkung gezeigt hat.

Zahl der Hungernden weltweit steigt

FAO arbeitet an neuer Schätzmethode

Bestehende internationale Regeln sind überholt ...

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die nun anscheinend dauerhaft höheren Preise geht glücklicherweise über neue Methoden, die Unterernährten zu zählen, hinaus. Dabei wird zunehmend deutlich, dass es keine geeigneten Institutionen und Mechanismen gibt, um mit hohen Agrarpreisen und Knappheiten umzugehen. Die bislang verbindlichsten Regeln, die

**WTO-Regeln ungeeignet
bei hohen Agrarpreisen
und Knappheiten**

sich mit den nationalen Agrarpolitiken beschäftigen und sie direkt beeinflussen, sind im Agrarabkommen der Welthandelsorganisation WTO festgelegt. Sie beschäftigen sich aber fast ausschließlich mit den Problemen, die in den 1980er- und 1990er-Jahren vorherrschten als sie ausgehandelt wurden: Überschüsse und niedrige Preise. Entsprechend sollen durch die WTO-Regeln Instrumente wie Subventionen und garantierte Preise reduziert werden, die Produktionsanreize schaffen oder Exporte künstlich verbilligen.² Auch die in der WTO angestrebte Zollreduktion sollte dazu dienen, neue Absatzmärkte für Länder zu schaffen, die mehr produzieren als sie verbrauchen und vor der Preiskrise Probleme hatten, diese Produkte abzusetzen. An der aktuellen Problemlage mit hohen Preisen und knappem Angebot würden verschärfte WTO-Regeln in diesen Bereichen nichts ändern. Daher wäre auch ein Abschluss der vollkommen blockierten Verhandlungen in der Doha-Runde der WTO für die derzeitigen Probleme weitgehend irrelevant.

Der internationalen Gemeinschaft ist es bislang noch nicht gelungen, sich auf Regeln mit ähnlicher Verbindlichkeit zu einigen, die hohen Preisen und Knappheit begegnen sollen. Das liegt auch daran, dass Regierungen die WTO-Regeln durch bloßes Nichtstun einhalten können, indem sie eben keine Zölle erheben oder Subventionen zahlen. Die Reaktion auf steigende Preise und Hunger verlangt dagegen in der Regel danach, dass Regierungen aktiv werden, was mit Kosten verbunden ist.

**Sinnvolle Ansätze –
aber nur auf
freiwilliger Basis**

Entsprechend mangelt es nicht an unverbindlichen oder zumindest nicht einklagbaren Absichtserklärungen und Deklarationen zur Hungerbekämpfung. Der Welternährungsgipfel von 1995 proklamierte noch das Ziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren. In den 2001 verabschiedeten Millennium-Entwicklungszielen soll nur noch der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung halbiert werden. Wegen des Bevölkerungswachstums ist dieses Ziel deutlich weniger ehrgeizig als das des Welternährungsgipfels. Verfehlt wird es aller Voraussicht nach trotzdem. Die 2004 verabschiedeten »Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung« sind der bislang konkreteste Ansatz, Agrar- und Ernährungspolitik darauf auszurichten, den Hunger zu bekämpfen. Sie enthalten zahlreiche sinnvolle Elemente, sind aber, wie schon im Titel festgehalten, lediglich freiwillig. Dabei sollen die Betroffenen im Mittelpunkt stehen und beteiligt werden. Die Leitlinien zu ignorieren kostet die Regierung also höchstens Ansehen, ist aber mit keinerlei wirtschaftlichen oder politischen Nachteilen verbunden.

... neue Institutionen formieren sich noch

**Neu:
Kleinbauern
im Fokus**

Entsprechend gab es zunächst keine koordinierte internationale Reaktion auf die Agrarpreiskrise 2007/2008, insbesondere die organisatorisch und finanziell ausgeblutete FAO konnte keine Impulse geben. Um dieses Vakuum zu füllen, gab es eine Reihe von internationalen Initiativen: Die UN schuf eine »High-Level«-Task Force, in der sich alle für die Welternährung relevanten zwischenstaatlichen Organisationen koordinieren sollen. Die G7 der großen Industriestaaten versprach, bis 2012 Mittel in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar für die Ernährungssicherung auszugeben und rief eine globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährung aus. Als erster Fortschritt ist zu bewerten, dass all diese Foren betonen, dass zur Bekämpfung der Hungerkrise vor allem Kleinbauern und die Grundnahrungsmittelproduktion aktiv unterstützt werden müssen. Diese waren in der Entwicklungszusammenarbeit und der nationalen Agrarpolitik der Entwicklungsländer jahrzehntelang vernachlässigt worden.

**Neues
Informationssystem
für den globalen
Agrarmarkt**

Unter der französischen Präsidentschaft hat auch die G20-Gruppe der größten Volkswirtschaften das Thema Welternährung auf die Agenda gesetzt und auf einem ersten Treffen der Landwirtschaftsminister einen Aktionsplan zu Nahrungsmittelpreisschwankungen und Landwirtschaft verabschiedet.³ Die Minister betonen darin mehrfach die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion und die Produktivität zu steigern. Auch in den Papieren der G20 wird die Bedeutung der Kleinbauern in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Das Recht auf Nahrung dagegen wird zwar gleich am Anfang betont, danach aber nicht mehr erwähnt. Der konkreteste Beschluss besteht darin, ein globales Agrarmarktinformationssystem (AMIS) zu gründen, das Informationen über Produktion, Preise, Handel und Lagerhaltung in verschiedenen Ländern zusammenträgt und zeitnah verfügbar macht. Damit sollen Panikreaktionen der »Märkte« und von auf Importe angewiesene Regierungen, die auf vermuteten globalen Knapp-

heiten beruhen, verringert werden. Das AMIS soll keine eigenständige Organisation werden, sondern von der FAO verwaltet werden, die schon heute regelmäßige Berichte über die globalen Lebensmittelmärkte herausgibt. Dabei soll sie nun mit anderen multilateralen Organisationen wie OECD, WTO, der Weltbank oder der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung (UNCTAD) zusammenarbeiten, die selbst handelsbezogene Daten erheben und gemeinsam mit der FAO das Sekretariat von AMIS bilden.⁴

Ein echter zusätzlicher Nutzen kann aber wahrscheinlich nur entstehen, wenn die Regierungen und statistischen Ämter der wichtigsten Produzenten- und Konsumentenländer ihre Daten umfassender und schneller an das AMIS weiterleiten als bislang an die FAO und die anderen Organisationen. Zunächst soll AMIS sich auf die wichtigsten international gehandelten Lebensmittel Weizen, Reis, Mais und Sojabohnen konzentrieren. Das ist beim Blick auf internationale Märkte verständlich, für die Ernährungssicherheit sind allerdings in vielen Regionen nur lokal gehandelte Lebensmittel wie Hirse, Kassava, Kartoffeln und Kochbananen von ähnlich großer Bedeutung.

Im Rahmen des AMIS sollen Informationen nicht nur gesammelt, sondern auch analysiert und bewertet werden. Dadurch soll zeitnah festgestellt werden, ob es »unnormale« Entwicklungen an den Weltagrarmärkten gibt. Was genau unnormale Entwicklungen sind und wie sie erkannt werden können, muss das AMIS selbst noch klären. Diese Aufgabe soll – zusammen mit den internationalen Organisationen des Sekretariats – eine »Agrarmarktinformationsgruppe« übernehmen, die aus Agrarexperten der G20 und weiterer Länder mit einem bedeutenden Anteil an der globalen landwirtschaftlichen Produktion und am Agrarhandel besteht. Ein »Rapid Response Forum« mit »Entscheidungssträgern« (also wahrscheinlich höheren Beamten) aus denselben Ländern soll im Fall sich abzeichnender unnormaler Marktbedingungen Vorschläge machen, wie diese durch adäquate Maßnahmen bezüglich Produktion und Märkten vermieden oder gelindert werden können. Zumindest im Umgang mit Krisen scheinen sich die G20 also als zentralen internationalen Akteur etablieren zu wollen. Die Mehrheit gerade der Länder, in denen Hunger herrscht, wäre an den Entscheidungen des Rapid Response Forums nicht direkt beteiligt, ebenso wenig wie Vertreter von Bauernorganisationen oder der Zivilgesellschaft.

Dabei befindet sich ein sehr viel repräsentativeres Gremium gerade im Aufbau. Vor allem auf Druck der Mehrheit der Entwicklungsländer, die nicht in der G20 sind, wurde vereinbart, dass das reformierte Committee for World Food Security (CFS) eine zentrale Rolle bei der Koordination der internationalen und nationalen Initiativen für Hungerbekämpfung und Agrarpolitik spielen soll. Das Komitee soll vor allem dafür sorgen, dass neben den internationalen Organisationen auch die Regierungen aller Länder sowie Vertreter der Zivilgesellschaft (vor allem Bauernorganisationen, aber auch Vertreter von Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen) in die Diskussionen und Empfehlungen einbezogen werden. Um endgültig abzuschätzen, ob das CFS die ihm zugedachten Aufgaben erfüllen kann, ist es noch zu früh. Immerhin soll das CFS-Sekretariat als Beobachter am AMIS teilnehmen und sich mit dessen Sekretariat sowie dem Rapid Response Forum regelmäßig austauschen.⁴ Die Frage, wieso das AMIS nicht direkt unter dem Dach des CFS etabliert werden soll, wird dagegen nicht gestellt. Wohl auch wegen des großen Einflusses der G20 im CFS selbst.

Ein wichtiger Fokus der Arbeit im CFS ist der Zugang zu Land und anderen Ressourcen für Kleinbauern und andere Gruppen. Es konnte dabei beträchtliche Fortschritte bei den Verhandlungen über freiwillige Leitlinien für die verantwortliche Verwaltung von Land, Fischgründen und Wäldern erzielen. Die Leitlinien konnten allerdings nicht wie ursprünglich geplant auf der letzten Sitzung des CFS verabschiedet werden. Der in weiten Teilen schon vereinbarte Entwurf basiert auf Menschenrechtsprinzipien und bietet, wenn er angenommen wird, eine gute Grundlage, um auch marginalisierten Gruppen mit nur informellen Rechten an Land, Wald und Fischgründen ein Anrecht auf die Nutzung zu sichern.⁵ Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung ausdrücklich als Bezugspunkt genannt werden. Damit werden Regierungen und Investoren dazu angehalten, die Interessen der Armen und von Hunger betroffenen oder bedrohten Gruppen in den Vordergrund zu stellen. Umstritten sind allerdings gerade noch die Teile zu den traditionellen Nutzungsrechten indigener Gruppen einerseits und zu Investitionen sowohl von internationalen als auch einheimischen Unternehmen in Land andererseits. Hier liegt eines der zentralen Spannungsfelder der

**Zusätzlicher Nutzen
noch ungewiss**

**Was sind »unnormale«
Marktentwicklungen?**

**Einbindung
der Zivilgesellschaft**

**Traditionelle
Nutzungsrechte vs.
neue Investitionen
in Land**

Landpolitik in vielen Ländern und damit für die negativen Wirkungen vieler, vor allem großflächiger Investitionsprojekte auf Menschenrechte und vor allem auf das Recht auf Nahrung.

Investitionen in Land nehmen zu – meist als »land-grabbing«

**Land als
Geldanlage ...**

Angesichts der rasant wachsenden Investitionen in Land werden wirksame Regeln immer notwendiger. Die Entwicklungsorganisation Oxfam schätzt, dass in den letzten zehn Jahren 227 Millionen Hektar Land verkauft oder verpachtet wurden – der größte Teil davon seit 2008 und an internationale Investoren.⁶ Damit haben mehr Flächen den Besitzer gewechselt als in der Europäischen Union für die Landwirtschaft insgesamt genutzt werden. Die Investoren planen dort oft Plantagenwirtschaft wie Anbau von Ölpalmen oder schnell wachsende Bäume, mit denen international handelbare Zertifikate für den Emissionshandel generiert werden sollen. Oft lassen die Investoren das Land aber auch schlicht brachliegen, da sie es als reine Geldanlage betrachten und auf höhere Verkaufspreise in einigen Jahren setzen.

Die besonders gestiegene Nachfrage nach Land seit 2008 erklärt sich zum einen aus den stark gestiegenen Preisen für landwirtschaftliche Produkte, die den wichtigsten Produktionsfaktor wertvoller machen. Zum anderen suchen Anleger angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrisen nach alternativen, sicheren und idealerweise auch lukrativen Investitionsmöglichkeiten. Land und auch Lebensmittel erscheinen aus diesem Blickwinkel zunehmend attraktiv.

**... oder Grundlage für
das Überleben**

Da es praktisch keine irgendwie fruchtbaren Flächen auf der Welt gibt, die völlig ungenutzt sind, entstehen vor allem durch großflächige Landkäufe und -verpachtungen Interessenkonflikte mit den bisherigen Nutzern. Oft handelt es sich dabei um Kleinbauern, nomadische Viehhalter, die die Flächen zeitweise als Weide nutzen oder dort Feuerholz sammeln. Die Regierungen der jeweiligen Länder müssten es als ihre Aufgabe sehen, diese Menschen vor den negativen Auswirkungen solcher Investitionen zu schützen. Leider ist oft das Gegenteil der Fall: Regierungen, die als Teil ihrer wirtschaftspolitischen Strategie Investitionen fördern wollen, sind oft bereit, die Rechte von Teilen ihrer eigenen Bevölkerung hintanzustellen. Hinzu kommt die gerade bei Landgeschäften weit verbreitete Korruption.

Die vom CFS diskutierten Freiwilligen Leitlinien sind angesichts dieser Probleme nur ein vergleichsweise schwaches Instrument. Sie würden aber zumindest klare Maßstäbe für das Verhalten der Regierungen setzen und auch von Investoren verlangen, sich mit den möglichen menschenrechtlichen Probleme ihrer Vorhaben auseinanderzusetzen.

G20 zeigen sich bei Agrarenergie beratungsresistent

Ein wichtiger Faktor für den Anstieg der Lebensmittelpreise und der internationalen Investitionen in Land ist die weiter wachsende Nachfrage nach Agrarenergie. Eine Reihe von Unternehmen sieht die Möglichkeit, diesen Markt durch den großflächigen Anbau von Energiepflanzen in Entwicklungsländern zu befriedigen und kauft oder pachtet zu diesem Zweck entsprechend große Flächen an. Auch diese bleiben oft ungenutzt, da sich die Erwartungen an die Erträge als unrealistisch herausstellen.

**Wachsende Nachfrage
nach Agrarenergie ...**

Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 wurden ein Fünftel der globalen Zuckerrohrernte und neun Prozent der Produktion von Grobgetreide (vor allem Mais) und Ölsaaten (Soja und Raps) allein für die Produktion von Agrarsprit verwendet.⁷ Nach Schätzungen der FAO wird 2011 mehr als doppelt so viel Getreide für andere Zwecke als Nahrung und Futtermittel verwendet (neben Spirit andere Formen der Energie oder in der Industrie zum Beispiel als Stärke) als noch 1980. Der Anteil an der in dieser Zeit gestiegenen Getreideproduktion hat sich von 14 auf fast 20 Prozent erhöht.⁸

Dies hat nicht nur die Preise für diese Agrarrohstoffe nach oben getrieben, sondern beeinflusst wegen der Konkurrenz um Land und um Produktionsmittel wie Dünger und auch Kredite auch die Preise von Produkten wie Weizen, die keine große Rolle bei der Herstellung von Kraftstoffen spielen.⁷ Mit Ausnahme von Ethanol aus Zuckerrohr ist Agrarenergie teurer als die fossilen Treibstoffe. Sowohl Ethanol aus Mais oder Zuckerrüben als auch Biodiesel aus Palmöl, Raps oder Soja werden nur eingesetzt, weil sie hoch subventioniert werden oder verpflichtende Quoten für ihren Einsatz festgelegt wurden. In einer von den G20 in Auftrag gege-

benen Analyse der Gründe für die hohen und instabilen Weltmarktpreise stellen zehn internationale Organisationen fest, dass die künstlich geschaffene Nachfrage nach Agrarenergie entscheidend zu den höheren Preisen beiträgt.⁷ Da die politisch festgeschriebene Nachfrage auf Preisänderungen nicht reagiert und damit auch bei höheren Preisen, zum Beispiel wegen schlechter Ernten, nicht zurückgeht, verschärft sie auch Preisschwankungen, da sie eine feste Menge bindet, die für andere Zwecke nicht zur Verfügung steht.

Vor diesem Hintergrund fordern die Organisationen, alle politischen Anreize für Agrarsprit und -energie sowie verpflichtende Quoten und Subventionen abzuschaffen. Da auch den Experten klar ist, dass dies nicht erfüllt werden wird, fordern sie zumindest, die Instrumente so flexibel zu gestalten, dass sie an Situationen wie weiter steigende Lebensmittelpreise angepasst, also reduziert werden können. In der G20 reagierten weder die Agrarminister bei ihrem Treffen im Juni noch die Staatschefs im November auf diese Forderung. Das CFS empfiehlt in einer typischen Kompromissformulierung den Staaten, ihre Agrarenergiepolitik »wo anwendbar und notwendig« zu überprüfen und mandatiert das Expertenpanel, eine Literaturanalyse zu den positiven und negativen Wirkungen von Agrarenergie auf die Ernährungssicherheit zu erstellen.⁹ Es ist allerdings mehr als fraglich, ob eine weitere Studie, die zu denselben Ergebnissen führen wird wie die vorherigen, einen Politikwechsel zur Agrarenergie auslösen wird.

... wird künstlich geschaffen

Politische Anreize auf dem Prüfstand

EU-Agrarpolitik – Subventionsreform und Weltmarktorientierung

Weniger reformbereit als erhofft zeigt sich auch die Europäische Kommission. Im Oktober hat sie ihren detaillierten Vorschlag für eine umfassende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gemacht. Sie konzentriert sich dabei auf die Subventionen, vor allem die Direktzahlungen. Aus internationaler Sicht ist besonders problematisch, dass die Kommission eine wichtige Rolle der EU beim Export von Fleisch und Milchprodukten sieht. Für diese Produktgruppen sollen auch Exportsubventionen eingesetzt werden können, um die »angemessene Beteiligung« der EU am internationalen Handel zu sichern.¹⁰ In einem früheren Strategiepapier versuchte die Kommission dies sogar als Beitrag zur Welternährung darzustellen.¹¹ Dabei ist das derzeitige Niveau der Tierhaltung in der EU nur durch massive und weiter steigende Importe von Futtermitteln, vor allem Sojaschrot, möglich. Dafür werden in den Anbauländern etwa 20 Millionen Hektar Ackerland in Anspruch genommen. Da dort die Sojafläche aufgrund steigender Nachfrage wächst, werden Wälder und Steppen umgebrochen, was die Artenvielfalt verringert und zu hohen CO₂-Emissionen führt. Das Forum Umwelt und Entwicklung und Germanwatch schätzen, dass bei der Produktion von Sojaschrot für den deutschen Markt Emissionen entstehen, die etwa einem Fünftel der Menge entsprechen, die die deutsche Landwirtschaft emittiert.¹² Eine Reduktion der Sojaimporte durch eine Kombination aus verringerter Tierhaltung und Umstellung des Futters auf heimische (Eiweiß-)Pflanzen wäre daher auch aus Klimasicht dringend geboten. Im Vorschlag der Kommission findet sich keines dieser Elemente.

EU-Agrarpolitik: kein Umdenken bei Tierhaltung und Export

Weniger Deregulierung ...

Die neuen Initiativen und Organisationen in der internationalen Agrarpolitik haben noch keine klare, geschweige denn eine einheitliche Strategie entwickeln können. Alles deutet aber auf eine aktivere Rolle der Staaten und der internationalen Gemeinschaft hin. Zugleich ist dieses Jahr mit der Doha-Runde der WTO ein wichtiger Treiber der Deregulierung wohl endgültig gescheitert. Selbst die G20, die in früheren Kommunikees ganz im Stile der G7 nicht müde wurden zu betonen, wie wichtig ein baldiger Abschluss der Runde wäre, erkennen dies nun an. In ihrer Erklärung von Cannes¹³ stellen sie fest, dass die Runde nicht abgeschlossen werden kann und empfehlen stattdessen, einzelne Themenbereiche separat zu verhandeln und entsprechende sektorale Abkommen zu schließen. Ein ähnlicher Anlauf des WTO-Generaldirektors Lamy war allerdings schon vor einigen Monaten daran gescheitert, dass die Mitglieder sich nicht einigen konnten, in welchen Sektoren man sich denn einigen könnte und sollte.¹⁴ Die Landwirtschaft gehört aber sicherlich nicht dazu. Agrarthemen sind auch in vielen der laufenden oder angestrebten bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen die größten Stolpersteine, auf jeden Fall zwischen der EU und Mercosur, aber auch bei der geplanten Transpazifischen

Doha-Runde der WTO endgültig gescheitert

Freihandelszone (TPP), in der vor allem die USA auf offene Agrarmärkte drängen, Japan aber eigentlich dagegen ist. Die französische Initiative im Rahmen der G20, die Spekulation mit Agrarrohstoffen einzudämmen, hat zwar nicht zu dem erhofften koordinierten Vorgehen geführt, zumindest aber zur Empfehlung des internationalen Verbands der Börsenaufsichtsbehörden, bestimmte besonders spekulative Geschäfte je nach Marktlage zu begrenzen oder ganz zu verbieten. Dies haben die G20 zustimmend zur Kenntnis genommen.³

... aber was sonst?

Wie die internationale Gemeinschaft mit der neuen Situation umgeht und welche Ziele bei möglichen Interventionen im Vordergrund stehen, wird stark davon abhängen, welches Forum sich als wichtigste Entscheidungsinstanz etablieren kann – wenn dies einer multilateralen Struktur überhaupt gelingt. Die besten Aussichten hätten Arme und Hungernde wahrscheinlich bei einer starken Rolle des CFS. Bei den G20 droht dagegen die Gefahr, dass sie den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten vor allem auf stabile Agrarmärkte und die Weltwirtschaft insgesamt legen und dabei auch auf die Interessen ihrer Agrarindustrie, sei es der Sojakomplex in Brasilien oder die Schweinefabriken in der EU, Rücksicht nehmen.

Fazit

Die Weltmarktpreise für Lebensmittel verharren ebenso wie die Zahl der Hungernden auf hohem Niveau. Die internationale Gemeinschaft beginnt zögerlich mit damit, neue Institutionen und Mechanismen zu schaffen, um neuen globalen Knappheiten zu begegnen. Wie weit dies zu einem koordinierten Politikwechsel führt, ist noch nicht abzusehen.

**Koordinierter
Politikwechsel noch
nicht in Sicht**

Anmerkungen

- 1 FAO (Food and Agriculture Organisation of the United Nations): The state of food insecurity in the world 2011. How does international price volatility affect domestic economies and food security? Rome 2011.
- 2 HLPE (High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition): Price Volatility and Food Security. Rome July 2011.
- 3 G20: Ministerial Declaration. Action Plan on Food Price Volatility and Agriculture. Meeting of G20 Agriculture Ministers. Paris 22.–23. June 2011.
- 4 AMIS (Agricultural Market Information System): Enhancing Market Transparency. O. O. 2011.
- 5 Oxfam: Land and Power. London. 2011.
- 6 CFS (Committee on World Food Security): Consolidated Changes to the First Draft of the Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security. Rome 12–15 July and 10–15 October 2011.
- 7 FAO, IFAD, IMF, OECD, UNCTAD, WFP, the World Bank, the WTO, IFPRI and the UN HLT: Price Volatility in Food and Agricultural Markets: Policy Responses. O.O., 2. June 2011.
- 8 van de Sand, Klemens: Germanwatch-Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung 2011. Hintergrundpapier. Germanwatch. Bonn und Berlin 2011.
- 9 Committee on World Food Security (CFS): Final report. Rome 17.–22. October 2011.
- 10 Europäische Kommission: Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing a common organisation of the markets in agricultural products (Single CMO Regulation). Brussels 2011.
- 11 Europäische Kommission: Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen. Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. KOM 2010 672 (endgültig), Brussels 18. November 2010.
- 12 T. Reichert und M. Reichardt: Saumagen und Regenwald. Klima- und Umweltwirkungen deutscher Agrarrohstoffimporte am Beispiel Sojaschrot: Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Gestaltung. Forum Umwelt und Entwicklung und Germanwatch. Berlin 2011.
- 13 G20: Cannes summit final declaration. Building our common future. Cannes, 4. November 2011.
- 14 M. Frein und T. Reichert: WTO gelähmt. WTO-Mitglieder scheitern auch an Minimalpaket für Ministerkonferenz im Dezember. Der offizielle Abbruch der Doha-Runde scheint nur noch Formsache. Bonn, 1. August 2011.



Tobias Reichert

Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch e.V.

Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
E-Mail: reichert@germanwatch.org